



Bezirkshauptmannschaft Murtal

Gemeinde St. Peter ob Judenburg
Hauptstraße 17
8755 St. Peter ob Judenburg

Bearb.: Mag. Christiane Werni
Tel.: +43 (3572) 83201-211
Fax: +43 (3572) 83201-550
E-Mail:
bhmt_anlagenreferat@stmk.gv.at

Bei Antwortschreiben bitte
Geschäftszeichen (GZ) anführen

GZ: BHMT-282347/2024-4

Judenburg, am 10.10.2024

Ggst.: Asfinag Bau Management GmbH, 1030 Wien
S 36 - Murtalschnellstraße, Teilabschnitt 1, Baugrunderkundung
2025 in den KG Waltersdorf, Judenburg, Oberweg, Rothenthurm,
St. Peter, Wöll und St. Georgen ob Judenburg
wasserrechtliches Verfahren.

Öffentliche Bekanntmachung einer mündlichen Verhandlung

In folgender Angelegenheit wird eine mündliche Verhandlung anberaumt:

Die ASFINAG Baumanagement GmbH, 1030 Wien, Schnirchgasse 17, beabsichtigt die Durchführung einer Baugrunderkundung in der Planungsphase „Ausschreibungsprojekt“ für die neue S 36 - Murtal Schnellstraße, Teilabschnitt 1 (Judenburg – St. Georgen ob Judenburg) in den KG Waltersdorf, Judenburg und Oberweg (alle Stadtgemeinde Judenburg), Rothenthurm und St. Peter (beide Gemeinde St. Peter ob Judenburg) sowie Wöll und St. Georgen (beide Gemeinde St. Georgen ob Judenburg). Das Untersuchungsprogramm sieht die Durchführung von insgesamt 4 Vollbohrungen und 73 Kernbohrungen vor, wovon 20 zu Grundwasserpegeln ausgebaut werden sollen. An den ausgebauten Grundwasserpegeln sollen auch Pumpversuche durchgeführt werden.

Weiters sind zwei Kernbohrungen im Hochwasserabflussgebiet der Mur situiert, 27 Kernbohrungen befinden sich innerhalb der gelben oder roten Wildbach-Gefahrenzone des Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinenverbauung.

Ort: Ort und Stelle (Gemeindeamt St. Peter ob Judenburg)

Datum: 30.10.2024

Zeit: 09:15 Uhr

Verhandlungsleiterin:

Mag. Christiane WERNI

Amtssachverständiger für Wasserbau:

DI Siegbert REINER

8750 Judenburg • Kapellenweg 11
Wir sind Montag bis Freitag von 8:00 bis 12:30 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung für Sie erreichbar
<https://datenschutz.stmk.gv.at> • UID ATU37001007
Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG: IBAN AT383800001904105201 • BIC RZSTAT2G

Beteiligte können persönlich zur Verhandlung kommen, an ihrer Stelle einen Bevollmächtigten/eine Bevollmächtigte entsenden oder gemeinsam mit ihrem/ihrer Bevollmächtigten zur Verhandlung kommen.

Bevollmächtigter/Bevollmächtigte kann eine eigenberechtigte natürliche Person, eine juristische Person oder eine eingetragene Personengesellschaft sein. Personen, die unbefugt die Vertretung anderer zu Erwerbzwecken betreiben, dürfen nicht bevollmächtigt werden.

Der/Die Bevollmächtigte eines/einer Beteiligten muss mit der Sachlage vertraut sein und sich durch eine schriftliche Vollmacht ausweisen können. Die Vollmacht hat auf Namen oder Firma zu lauten. Eine schriftliche Vollmacht ist nicht erforderlich,

- wenn sich der/die Beteiligte durch eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person (zB einen Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin, einen Notar/eine Notarin, einen Wirtschaftstreuhandler/eine Wirtschaftstreuhandlerin oder einen Ziviltechniker/eine Ziviltechnikerin) vertreten lässt,
- wenn der/die Bevollmächtigte des/der Beteiligten seine/ihre Vertretungsbefugnis durch seine/ihre Bürgerkarte nachweist,
- wenn sich der/die Beteiligte durch uns bekannte Angehörige (§ 36a des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 – AVG), Haushaltsangehörige, Angestellte oder durch uns bekannte Funktionäre/Funktionärinnen von Organisationen vertreten lässt und kein Zweifel an deren Vertretungsbefugnis besteht oder
- wenn der/die Beteiligte gemeinsam mit seinem/ihrer Bevollmächtigten zur Verhandlung kommt.

Die für das Verfahren eingereichten Pläne und sonstigen Behelfe liegen bis zum Tage der Augenscheinverhandlung bei der Bezirkshauptmannschaft Murtal, Zimmer-Nr. 201, 2. Geschoß, während der Amtsstunden zur Einsichtnahme durch Beteiligte auf.

Beteiligte verlieren ihre Parteistellung, soweit sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung während der Amtsstunden bei uns oder während der Verhandlung Einwendungen erheben. Außerhalb der Verhandlung schriftlich erhobene Einwendungen müssen spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bis zum Ende der Amtsstunden bei uns eingelangt sein.

Wenn ein Beteiligter/eine Beteiligte jedoch durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen zu erheben und ihn/sie kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, kann er/sie binnen zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses, das ihn/sie an der Erhebung von Einwendungen gehindert hat, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache, bei uns Einwendungen erheben. Diese Einwendungen gelten dann als rechtzeitig erhoben. Eine längere Ortsabwesenheit stellt kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis dar.

Rechtsgrundlage: §§ 40 bis 42 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 - AVG
§§ 98, 107 des Wasserrechtsgesetzes 1959

Mit freundlichen Grüßen
Die Bezirkshauptfrau i.V.

Mag. Christiane Werni
(elektronisch gefertigt)

11. O. OKT. 2024
Angeschlagen am:
Abgenommen
 (Unterschrift)